



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

38 (24.1.1921) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-195475](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-195475)

Mannheimer General-Anzeiger

Redaktions-Adresse: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 2.10 für Bringerlehn u. Einzelnummern 1.00. Polzeig. Vierteljahr. 4.00. 6.00 ohne Polzeig. Einj. 10.00. 12.00. 15.00. 18.00. 20.00. 25.00. 30.00. 35.00. 40.00. 45.00. 50.00. 55.00. 60.00. 65.00. 70.00. 75.00. 80.00. 85.00. 90.00. 95.00. 100.00. 105.00. 110.00. 115.00. 120.00. 125.00. 130.00. 135.00. 140.00. 145.00. 150.00. 155.00. 160.00. 165.00. 170.00. 175.00. 180.00. 185.00. 190.00. 195.00. 200.00. 205.00. 210.00. 215.00. 220.00. 225.00. 230.00. 235.00. 240.00. 245.00. 250.00. 255.00. 260.00. 265.00. 270.00. 275.00. 280.00. 285.00. 290.00. 295.00. 300.00. 305.00. 310.00. 315.00. 320.00. 325.00. 330.00. 335.00. 340.00. 345.00. 350.00. 355.00. 360.00. 365.00. 370.00. 375.00. 380.00. 385.00. 390.00. 395.00. 400.00. 405.00. 410.00. 415.00. 420.00. 425.00. 430.00. 435.00. 440.00. 445.00. 450.00. 455.00. 460.00. 465.00. 470.00. 475.00. 480.00. 485.00. 490.00. 495.00. 500.00. 505.00. 510.00. 515.00. 520.00. 525.00. 530.00. 535.00. 540.00. 545.00. 550.00. 555.00. 560.00. 565.00. 570.00. 575.00. 580.00. 585.00. 590.00. 595.00. 600.00. 605.00. 610.00. 615.00. 620.00. 625.00. 630.00. 635.00. 640.00. 645.00. 650.00. 655.00. 660.00. 665.00. 670.00. 675.00. 680.00. 685.00. 690.00. 695.00. 700.00. 705.00. 710.00. 715.00. 720.00. 725.00. 730.00. 735.00. 740.00. 745.00. 750.00. 755.00. 760.00. 765.00. 770.00. 775.00. 780.00. 785.00. 790.00. 795.00. 800.00. 805.00. 810.00. 815.00. 820.00. 825.00. 830.00. 835.00. 840.00. 845.00. 850.00. 855.00. 860.00. 865.00. 870.00. 875.00. 880.00. 885.00. 890.00. 895.00. 900.00. 905.00. 910.00. 915.00. 920.00. 925.00. 930.00. 935.00. 940.00. 945.00. 950.00. 955.00. 960.00. 965.00. 970.00. 975.00. 980.00. 985.00. 990.00. 995.00. 1000.00.

Badische Neueste Nachrichten

Redaktions-Adresse: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 2.10 für Bringerlehn u. Einzelnummern 1.00. Polzeig. Vierteljahr. 4.00. 6.00 ohne Polzeig. Einj. 10.00. 12.00. 15.00. 18.00. 20.00. 25.00. 30.00. 35.00. 40.00. 45.00. 50.00. 55.00. 60.00. 65.00. 70.00. 75.00. 80.00. 85.00. 90.00. 95.00. 100.00. 105.00. 110.00. 115.00. 120.00. 125.00. 130.00. 135.00. 140.00. 145.00. 150.00. 155.00. 160.00. 165.00. 170.00. 175.00. 180.00. 185.00. 190.00. 195.00. 200.00. 205.00. 210.00. 215.00. 220.00. 225.00. 230.00. 235.00. 240.00. 245.00. 250.00. 255.00. 260.00. 265.00. 270.00. 275.00. 280.00. 285.00. 290.00. 295.00. 300.00. 305.00. 310.00. 315.00. 320.00. 325.00. 330.00. 335.00. 340.00. 345.00. 350.00. 355.00. 360.00. 365.00. 370.00. 375.00. 380.00. 385.00. 390.00. 395.00. 400.00. 405.00. 410.00. 415.00. 420.00. 425.00. 430.00. 435.00. 440.00. 445.00. 450.00. 455.00. 460.00. 465.00. 470.00. 475.00. 480.00. 485.00. 490.00. 495.00. 500.00. 505.00. 510.00. 515.00. 520.00. 525.00. 530.00. 535.00. 540.00. 545.00. 550.00. 555.00. 560.00. 565.00. 570.00. 575.00. 580.00. 585.00. 590.00. 595.00. 600.00. 605.00. 610.00. 615.00. 620.00. 625.00. 630.00. 635.00. 640.00. 645.00. 650.00. 655.00. 660.00. 665.00. 670.00. 675.00. 680.00. 685.00. 690.00. 695.00. 700.00. 705.00. 710.00. 715.00. 720.00. 725.00. 730.00. 735.00. 740.00. 745.00. 750.00. 755.00. 760.00. 765.00. 770.00. 775.00. 780.00. 785.00. 790.00. 795.00. 800.00. 805.00. 810.00. 815.00. 820.00. 825.00. 830.00. 835.00. 840.00. 845.00. 850.00. 855.00. 860.00. 865.00. 870.00. 875.00. 880.00. 885.00. 890.00. 895.00. 900.00. 905.00. 910.00. 915.00. 920.00. 925.00. 930.00. 935.00. 940.00. 945.00. 950.00. 955.00. 960.00. 965.00. 970.00. 975.00. 980.00. 985.00. 990.00. 995.00. 1000.00.

Der abgeblasene dritte Polenaufstand.

Zu spät abgeblasen! — Die neuesten Schreckenstaten der Polen. — Korfants weiterer Erpressungsversuch. — Wofür die interalliierte Kommission in Oppeln Interesse hat.

(Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter.)
Deutsch, 21. Januar.
Die deutsche Regierung ist mit ihrer Note über die neuen polnischen Gewaltpläne dem polnischen Prediger von Haß und Mord, Korfanty, in die Parade gefahren. Sein Putsch vom 15. bezw. 16. Januar konnte nicht verwirklicht werden. Die letzten Tage haben aber eine Lieberfülle von Beweismaterial dafür erbracht, daß der dritte Polenaufstand auf Tag und Stunde genau festgesetzt war und daß er ohne die deutschen Veröffentlichungen auch zur Durchführung gekommen wäre. Die deutsche Note zwang Korfanty den bis zu seinen letzten Vertrauensmännern angesagten Putsch schleunigst abzublenden. Er wollte und durfte der Berliner Regierung nicht Recht geben, weil sonst ihr Kredit bei der Entente hätte zum Schaden der Polen steigen können. Deshalb mußte er versuchen, den Putsch abzublenden, um dann gegenüber der interalliierten Kommission jagen zu können: Seht, so sieht die deutsche Wahrheitsliebe aus, so ist es bestellt mit den deutschen Veröffentlichungen, die doch immer auf Fälschungen beruhen. Nach diesem Rezept hat der Polenfürher denn auch tatsächlich gearbeitet und arbeitet in Presse und Versammlungen auch heute noch danach.

Korfantys Rechnung hat aber für den, der sehen und hören will, ein Loch: Er hat den Putsch zu spät abgeblasen! Die in dem polnischen Gefindel diesseits und jenseits der Grenze geweckte Bestie konnte nicht mehr gezähmt werden. Obwohl Korfanty sämtliche Fahrräder und Automobile, sowie Boten in Bewegung setzte, war es ihm nicht mehr möglich, auch die letzten Vertrauensmänner, den letzten Hallersöldner zu benachrichtigen, und so kam es dann ganz folgerichtig an dem für den Beginn des Putsches festgesetzten Tage zu einer Reihe lokaler Räubereien furchtbarster Art. In allen diesen Fällen, die bisher bekannt wurden, handelt es sich nicht um die Schreckenstaten einzelner oder mehrerer Banditen, sondern um Räubereien großer, wohlorganisierter Bände, die für den Putsch bereit gestellt waren, die nun Beschäftigung auf eigene Faust suchten, nachdem das Signal zum Aufstand auf sich warten ließ, die aber auch so reichlich ausgerüstet waren, daß diese Munition nur für den Aufstand berechnet sein konnte! Rund 30 Banditen waren es, die das große Blutbad in Carlsegen an der Grenze anrichteten, bei dem vier Personen ermordet und vier weitere so schwer verwundet wurden, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Die Handgranaten (französischen Ursprungs) wollten kein Ende nehmen, ebenso waren alle Banditen mit Gewehren und Revolvern ausgerüstet. Ein zweiter ebenso groß angelegter Ueberfall ereignete sich im Kreise Rohnitz, wo ein Deutschgesinnter zunächst verschleppt und dann in grausamster Weise ermordet wurde. Auch in diesem Falle handelte es sich um eine reich ausgestattete Bande von 25 bis 30 Mann. Beide Fälle, denen sich eine Reihe kleinerer Schandtaten zugesellt, spielten sich am 15. Januar ab, also an dem Tage, an dem der dritte Polenaufstand ursprünglich beginnen sollte! Weiter versuchten größere bewaffnete Polenbände in Boguschiß und in Rosdzhin-Schoppin den deutschgesinnten Teil der Abstammungspolizei zu entwaffnen. Nur dem Eintreffen von Verstärkungen ist es zu verdanken, daß die Entwaffnung nicht wie im letzten August in Myslowitz und Boguschiß durchgeführt werden konnte. Die Verbrecher entwichen nach der Tat sofort nach Polen!

Aber auch sonst liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß Herr Korfanty leblich infolge der kürzesten Frist vor dem geplanten Aufstandsbeginn durch die deutsche Regierung veröffentlichte Pläne seine Mord- und Brandkommissionen nicht mehr rechtzeitig abblasen konnte. Dafür spricht auch die Belieferung zahlreicher Soldats an der Grenze mit Fahrrädern durch die Polen wenige Tage vor dem festgesetzten Datum. Für Unternehmungen auf eigene Faust reist selbst ein Korfanty seinen Leuten keine, immerhin doch kostspieligen Fahrräder! Weiter: In einer Reihe von Ortschaften der Grenzgebiete steckte die polnische Jugend am 15. morgens geschlossen den weißen Adler an die Mähe, gewissermaßen als militärisches Organisationsabzeichen, und wartete die Dinge, die da kommen sollten. Die Hallersöldaten einer Reihe von Ortschaften versammelten sich am 15. d. Mts. zur Empfangnahme der auf ober-schlesischem Boden verstreut liegenden Waffen! In anderen Ortschaften, in deren Nähe polnische Waffenslager bisher noch nicht angelegt werden konnten, erhielten die Hallersöldaten am 13. und 14. Eilbriefe, die nichts anderes enthielten, als die Einberufung nach den Sammelstellen jenseits der Grenze, wo sie ebenfalls die Waffen in Empfang nehmen sollten.

Korfanty ist darüber, daß sein Januar-Putsch verunglückt ist, in äußerster Wut geraten, bei der er jede gesunde Vernunft vermissen läßt. In Zeitartikeln brüstet er sich seit mehreren Tagen damit, daß die deutsche Regierung in ihrer Note an die Alliierten „allerlei Unsinn behauptet“ und er stellt die rhetorische Frage, wie lange sich die Entente derartige Notizen gefallen lassen wolle. Im gleichen Atemzuge aber versucht er sein Glück mit groben Erpressungsversuchen. In einer von ihm selbst unterzeichneten Erklärung spricht er von deutschen Erbschneidern (alle Personen, die seine verbrecherische Politik bekämpfen, sind Erbschneider) und er sagt dann weiter:

„Diese dunklen Ehrenmänner . . . geben in einer Täuschung hin, wenn sie glauben, daß sie strafflos ausgehen werden . . . Aber die Erpresser und Betrüger, die Verleumder und ihre Helfershelfer werden rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben Geduld und können warten. Einsteilen lasse ich genaue Listen all dieser dunklen Ehrenmänner anlegen und die Zeugenaussagen sammeln. Die Bergeden verfahren ja nicht und nach der Abstimmung werden die Schuldigen der verdienten Strafe nicht entgehen.“

Das ist nichts weiter als ein unglaublicher Erpressungsversuch. Durch seine dunklen Drohungen mit seinen Mordkommissionen glaubt Korfanty die deutschen Führer und die fleißigsten deutschen Vertrauensmänner von der Arbeit für die deutsche Sache abhalten zu können. Abgesehen von der Schamlosigkeit dieses Erpressungsversuches selbst, verüßt diese „Leistung“ Korfantys auch in größter Weise gegen den § 88 des Friedensvertrages, der die Bestrafung aller politischen Handlungen, die während des Abstimmungstampfes begangen wurden, sowohl für Deutschland wie auch für Polen verbietet! Die Häterin einer ehrlichen Durchführung des Friedensvertrages soll die interalliierte Kommission sein. Sie hätte hier erneut Ursache gehabt, gegen Korfanty vorzugehen. Sie tut es nicht, weil sie aus Polenliebe prinzipiell nichts gegen Korfanty unternimmt, und sie kann es nicht tun, weil sie zur Zeit mit den schärfsten Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung beschäftigt ist. Die Zeitungsverbote jagen hier zur Zeit einander, natürlich werden nur deutsche Zeitungen betroffen, die Ausweisungen häufen sich, die Bevölkerung wird ghettotiert auf Schritt und Tritt. Selbst die Jugend ist nicht mehr sicher: In Kreuzburg wurden vier Töchterchülerinnen durch sechs Franzosen mit aufgepflanztem Seitengewehr verhaftet, weil sie am Reichsgründungstage, am 18. Januar, am Denkmal Bismarcks in Kreuzburg einen Kranz niedergelegt hatten. Bei einer so einseitigen Betätigung ist es der Entente-Kommission wirklich nicht möglich, etwas ernstes gegen die Zunahme des Banditenwesens zu unternehmen. Wenn z. B. der französische Kreiskontraktant in Oppeln erklärt, die Gemeindevorsteher bei weiteren räuberischen Taten des polnischen Gefindels verantwortlich machen zu wollen und wenn er gleichzeitig den Rat erteilt, die Zahl der — Nachwachser zu vermehren, so ist das wohl nicht höher als ein Postnachtscherz zu bewerten!

So haben gerade die letzten Tage eine Fülle von neuen Beweisen gebracht, einmal für die polnischen Gewaltpläne, zum andern aber auch zahlreiche weitere Beweise für die Art und Weise, wie die Franzosen in erhöhtem Maße alles tun, um die polnischen Pläne zu unterstützen und zu fördern!

Die Pariser Konferenz.

Paris, 24. Jan. (W. B.) Der Intransigent will über die erste gestern stattgehabte 1/2stündige Unterredung zwischen Briand, Lloyd George und Lord Curzon erfahren haben, es habe sich dabei um eine Unterhaltung gehandelt, um zu wissen, in welcher Weise man auf beiden Seiten zur Konferenz gehe. Eine kurze Aussprache habe gezeigt, daß die Konferenz sehr gute Ergebnisse zeitigen könne. Der Korrespondent hat von gut unterrichteter Seite erfahren, in der Entwaffnungsfrage glaube man ohne die geringsten Schwierigkeiten eine Verständigung zu erzielen. Zur Reparationsfrage habe Lloyd George erklärt, er sei mit dem Entschluß nach Paris gekommen, seinen Standpunkt über den Fortfall nicht zu ändern. Nach dem „Matin“ soll Lord Curzon erklärt haben, er glaube, daß die Franzosen mit dem Ergebnis der Konferenz würden zufrieden sein können.

Amerika für die Allgemeine Abrüstung.

Paris, 24. Jan. (W. B.) Nach einer Meldung des Echo de Paris aus Marton (Ohio) soll ein Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation erklärt haben, die Stunde der allgemeinen Abrüstung sei gekommen. Die Vereinigten Staaten müßten die Initiative zu einer derartigen Bewegung ergreifen.

Die Verhandlungen über die deutsche Entschädigungspflicht.

Berlin, 24. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) Die Lage der Verhandlungen mit Frankreich über unsere Zahlungsbedingungen wird je länger je weniger günstig beurteilt. Unsere Stellung war ja von vornherein klar: Wir haben uns bereit erklärt, unter den bekannten fünf Bedingungen auf die Zahlung von Annuitäten einzugehen, vorausgesetzt, daß wir in fünf Jahren die Gesamtsumme unserer Pflichten erfahren würden. Die Haltung der deutschen Unterhändler hat von vornherein hier Bedenken ausgelöst bei den Politikern sowohl als auch bei den Geschäftsleuten, die befürchten, daß Deutschland, indem es von den Vorschriften des Vertrags von Versailles zu unseren Ungunsten abgeht, sich auf die schiefe Ebene begeben. Es scheint nun aber mehr und mehr, daß man in Frankreich unser tatsächliches Entgegenkommen nicht recht zu würdigen geneigt ist und von England ist, obwohl unsere Beziehungen zu ihm äußerlich vielleicht bessere sind, irgendeine Unterstützung vorläufig nicht zu erwarten. Es kann also leicht sein, daß auch diese Hoffnung auf einen Wandel zerfällt, wie leider schon so manche vor ihr.

Berlin, 24. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) Dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ist ein Weisbuch zugegangen, das eine Sammlung von Allenständen über die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz in Brüssel enthält.

Die Anschlagbewegung.

Wien, 21. Jan. Am 20. ds. Mts. fand eine Sitzung des Exekutivkomitees der Staats-, öffentlichen und Festangelegenheiten sowie von Gewerbetreibenden und Wirtschaftsorganisationen statt, in der einstimmig der Antrag zum Beschluß erhoben wurde, in allerhöchster Zeit eine Kundendemonstration für den Anschluß an Deutschland zu veranstalten und eine an die Adresse der Kulturnationen gerichtete, gleichlautende dahingehende Resolution des Inhalts zu beschließen, daß die

Deutschösterreicher unter keinen Umständen eine Verklawung ertragen wollen, nie auf das Recht der Selbstbestimmung verzichtet werden und daß ihr unverrückbares Ziel der Anschluß an das Deutsche Reich sei. Gleichzeitig wird der Nationalrat aufgefordert werden, unerzüglich die Volksabstimmung hinsichtlich des Anschlusses durchzuführen.

Der Existenzkampf der Türken.

Paris, 24. Jan. (W. B.) Nach einer Mitteilung aus Rom sollen mehrere türkische Staatsmänner ein Memorandum ausgearbeitet haben, das Ahmed Rıza Bey dem Obersten Rat zu überbringen beabsichtigt. Es handelt sich um ein Schriftstück, in dem der Friede mit Mustafa Kemal Pascha verlangt wird. Außerdem verlangen die Verfasser des Memorandums, unter denen sich Djavids Pascha, Hussein Hilmi Schücri Pascha, Rukstar Pascha und Zia Pascha befinden, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Türkei zu den größten Opfern bereit sei, aber allen Versuchen, die Türkei unter den Bölkern auszulösen, verzweifelten Widerstand bis zum Letzten entgegenzusetzen würde.

Graf Sforza hatte vor seiner Abreise von Paris mit Rukstar Pascha eine Unterredung. Der „Matin“ berichtet, Talaat Pascha sei auf Veranlassung von Mustafa Kemal Pascha in Rom nicht zugelassen worden.

London, 23. Januar. (W. B.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, wodurch alle Ausgaben in Zukunft der interalliierten Kontrolle unterstellt werden. Die Verwaltung der Dette Publique stellt sofort 400 000 türkische Pfund gegen Si herheit eines Gelddepots bei der Ottomanischen Bank zur Verfügung.

Die Niederlage der Griechen.

Paris, 24. Jan. (W. B.) Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel sind über 2000 Berwundete der griechischen Armee in Kleinasien in Konstantinopel eingetroffen. Es bestätigt sich, daß die griechischen Truppen in Kleinasien schwere Verluste erlitten haben.

Die armenische Frage.

Paris, 24. Jan. (W. B.) Der New York Herald meldet, daß Präsident Wilson vom Völkerbunde auf seine Note betr. die armenische Frage noch keine Antwort erhalten hat. Er hat deshalb eine neue Note vorbereitet, die demnächst veröffentlicht werden soll.

Irland und Indien.

London, 24. Jan. (W. B.) Daily Mail meldet: Es besteht die Aussicht, daß der König die Eröffnung des Ulster-Parlaments vornehmen wird. — Nach einer Meldung des Daily Chronicle will Carson vollkommen sich vom politischen Leben zurückziehen.

Nach einer amtlichen Feststellung sind bis Wochenende 21 Polizisten und Zivilisten getötet und zwei Personen verwundet worden.

London, 24. Jan. (W. B.) Nach einer Reutermeldung aus Delhi ist es in den vereinigten Provinzen und in Bihar zu Unruhen gekommen. Bisher konnte die Ordnung mühelos aufrecht erhalten bleiben.

Der Entwurf eines Wehrgesetzes.

Berlin, 22. Jan. (W. B.) Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Wehrgesetzes enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Die deutsche Wehrmacht besteht aus dem Reichsheer und der Reichsmarine, die aus freiwilligen Soldaten und nicht im Waffendienst tätigen Beamten gebildet und ergänzt werden. Alle Angehörigen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Die Zahl der Soldaten beträgt vom 1. Januar 1921 ab im Reichsheer 100 000 einschließlich 4000 Offizieren. Hierzu treten 200 Sanitäts- und 200 Veterinäroffiziere; in der Reichsmarine 15 000 einschließlich 1150 Offizieren und Deskoffizieren. Im Reichsheer werden aufgestellt: 21 Infanterie-Regimenter zu je drei Bataillonen und je 1 Minenwerferkompanie, 18 Feldartillerieregimenter zu je vier Eskadronen, 7 selbständige Eskadronen, 7 Artillerieregimenter zu je drei Abteilungen, drei selbständige Artillerieregimenter, 7 Bionierbataillone, 7 Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrzeugabteilungen, 7 Fahrradabteilungen, 7 Sanitätsabteilungen. Hieraus werden zwei Gruppentorpedos und 7 Divisionen und drei Reiterdivisionen gebildet. Jede Division wird in der Regel in einem Wehrkreis untergebracht.

Die Flotte wird gebildet aus 6 Linienschiffen, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern, 12 Torpedobooten.

Die Befehlsführung liegt ausschließlich in der Hand der gesetzmäßigen Vorgesetzten.

Der Reichspräsident ist der oberste Befehlshaber der gesamten Wehrmacht; unter ihm übt der Reichswehrminister Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. An der Spitze der Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Reichsmarine ein Admiral als Chef der Marineleitung. Als beratende und begutachtende Körperschaften sind beim Reichswehrministerium eine Heeres- und eine Marinekommission zu bilden, deren Mitglieder aus geheimer Wahl hervorgehen. Soweit nicht gesetzliche Vorschriften anders bestimmen, werden die grundlegenden Vorschriften über den militärischen Dienstbetrieb, insbesondere über die Handhabung der Disziplin und die Befehlsführung sowie über die Pflichten und Rechte der Vertrauensleute vom Reichspräsidenten erteilt. In den Ländern werden auf ihr Verlangen Landeskommandanten bestellt, die innerhalb des Dienstbereichs die Landesinteressen, die landmannschaftliche Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder zu berücksichtigen haben. Sie werden durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag der Landesregierung ernannt. Der Landeskommandant in Bayern ist zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbandes. Ausnahmen sind im Einvernehmen mit der bayerischen Landesregierung möglich.

Die Truppen erhalten grundsätzlich in dem Lande ihren dauernden Standort, zu dessen Landmannschaft sie gehören. Ausnahmen regelt der Reichspräsident im Einvernehmen mit der Landesregierung. Die Standorte der Truppen innerhalb der Länder sollen im Einvernehmen mit den Landesregierungen bestimmt werden. In der Bezeichnung der Truppen ist neben der Bezeichnung als Reichstruppe gleichzeitig die landmannschaftliche Zugehörigkeit zum Zuge-

druck zu bringen. Der Reichswehrminister hat unbeschadet des Oberbefehls des Reichspräsidenten das Recht, die vorübergehende Entsendung von Truppenteilen zu besonderen Zwecken aus einem Lande des Reiches nach einem anderen zu ordnen. Die Landesregierung ist in der Regel vorher zu hören.

Im Falle öffentlicher Aufrühe oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung hat die Wehrmacht auf Anfordern der Landesregierungen Hilfe zu leisten. Das Ersuchen soll nur erfolgen, wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen. Es ist an die Reichsregierung, im Falle dringender Gefahr an den nächsten militärischen Befehlshaber zu richten. Dem Ersuchen ist nachzugeben, wenn nicht schon der Reichspräsident sich die Verfügung über die Truppe im besonderen Falle vorbehalten hat. Selbständiges militärisches Einschreiten ist nur zulässig, wenn die Behörden durch höhere Gewalt außerstande gesetzt sein sollten, das militärische Einschreiten herbeizuführen oder wenn es sich nur um Zurückweisung von Angriffen oder Widerstandshandlungen gegen Teile der Wehrmacht handelt. Wer in die Wehrmacht als Soldat eintritt, verpflichtet sich auf 12 Jahre zu ununterbrochenen Diensten im Reichsheer oder in der Reichsmarine.

Der Gesekentwurf bezieht sich auf Bestimmungen über die Abänderung des Dienstverhältnisses und Einspruch dagegen. Weiter heißt es: Den Unteroffizieren und Mannschaften soll während ihrer Dienstzeit eine vorbereitende Ausbildung für den Uebergang in bürgerliche Berufe nach beendeter aufsteigender Grundbildung gewährt werden. Jeder Angehörige der Wehrmacht kann nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Leistungen zu den höchsten Stufen gelangen. Sodann regelt der Entwurf das Dienstverhältnis der Offiziere, indem er u. a. bestimmt: Der Offiziersberuf soll Lebensberuf sein. Während der ersten 25 Offiziers-Dienstjahre ist ein Ausscheiden aus den Diensten nur möglich, soweit der Abschied erteilt wird, weil der Offizier die erforderlichen körperlichen oder geistlichen Kräfte oder die nötige dienstliche Eignung nicht mehr besitzt, oder wenn in seinem bürgerlichen Verhältnisse eine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Weiter bestimmt der Entwurf: Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereichs politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Für die Soldaten ruht das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reich, in den Ländern oder in den Gemeinden. Die Vorschriften des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 über die Berechtigung zur Teilnahme an den darin vorgesehenen Abstimmungen bleiben unberührt. Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen der Vereine aus Gründen des militärischen Interesses und Ordnung verboten wird. Solche Verbote dürfen nur von den Standortoffizieren und Schiffskommandanten oder den diesen vorgeordneten Stellen erlassen werden. Gegen das Verbot der Zugehörigkeit zu einem Verein ist Beschwerde bis zum Reichswehrminister zulässig. Die Soldaten eines Standortes, eines Truppenteils, oder der Befehlsung eines Schiffes oder Schiffsverbandes dürfen sich untereinander mit Genehmigung der Vorgesetzten versammeln und versammeln. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Versammlung oder Vereinigung ausschließlich wissenschaftlichen, sportlichen, Wohlfahrts- oder Unterhaltungsarten dient, und die militärische Ordnung nicht gefährdet wird. Nach Verfügungen über die Errichtung von Militärkasernen und Kaserneanlagen sowie über Dienstentlohnungen heißt es noch: Die Angehörigen des früheren Heeres, der früheren Marine, der früheren Schutztruppen, der früheren anerkannten freiwilligen Verbände, vorläufigen Reichswehr und vorläufigen Reichsmarine werden, wenn sie bis zum Abschluß der Bildung der Wehrmacht in diese eingegliedert werden, unter Berechnung der verdachten Dienstzeit übernommen. Offiziere und Bedienstete verpflichten sich vor der Übernahme zu einer Dienstdauer bis zum vollendeten 45. Lebensjahre. Unteroffiziere behalten ihre früheren Dienstbezeichnungen und Dienstgradbezeichnungen, haben aber keinen Anspruch auf dienstgradmäßige Verwendung.

In der sich anschließenden Begründung wird u. a. ausgeführt: Die allgemeine Wehrpflicht, die natürliche, der geschlechtlichen und freiwirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes entsprechende Wehrverfassung, die jedem Deutschen in Reich und Blut übergegangen war, ist gemäß Artikel 173 des Versailler Vertrages zu erheben durch eine an längst überwandene gealterte Zeiten erinnernde Verbündung von langdienenden freiwilligen Soldaten. Diese grundsätzliche Veränderung erfordert eine entsprechend durchgreifende Neugestaltung aller auf die persönliche Stellung des Soldaten, seine Geschäfte und seine Versorgung bezüglichen Bestimmungen. Durch gute wirtschaftliche Lebensbedingungen muß der Jug zum freiwilligen Eintritt zu befestigt werden, daß eine strenge Auswahl möglich wird; durch gründliche allgemeine wie militärische Weiterbildung ist den Freiwilligen während ihrer Dienstzeit eine im ganzen Maße geordnete Stellung zu schaffen, und schließlich ist ihre spätere Versorgung so vorzubereiten, daß sie in geistlicher und angemessener Weise ihr Fortkommen finden können. Durch die Bildung je einer aus Wehrern hervorgehenden Heeres- und Marinekammer, die dem Reichswehrminister als beratende und beratende Organe zur Seite stehen, wird eine Mitarbeit jedes Sol-

daten der Wehrmacht an den seine Interessen berührenden Gesetzvorlagen gesichert und ihm ermöglicht, Anregungen und Wünsche an berufener Stelle zum Ausdruck zu bringen.

In dem dem Gesekentwurf beigefügten Weimarer Vereinbarungen wird noch festgestellt: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden sind durch Übergangsverträge, die unter Aufhebung aller unter ihnen und mit dem Reich bestehenden Verträge, Abmachungen und Reservatrechte auf dem Gebiete des Heerwesens das künftige Reichswehrgesetz die vollkommene Einheitlichkeit des deutschen Heerwesens gewährleisten muß. Die Vereinbarung Friedrichs nach eine Reihe von Grundfragen an die Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden für erforderlich hielten, um die Interessen ihrer Länder zu wahren.

Deutsches Reich.

Die Scharfschießübungen auf dem Loosfelder Übungplatz.

Berlin, 24. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Die Sache mit den Scharfschießübungen auf dem Terrain in den Loosfelder Bagern, aus der der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens eine Haupt- und Staatsaktion gegen das Reichswehrministerium machen wollte, stellt sich, wie wir nach näheren Erkundigungen mitteilen können, als unendlich viel harmloser heraus. Es liegt offenbar ein Versehen einer untergeordneten Dienststelle vor. Im vorigen Jahre hatte schon einmal eine Scharfschießübung auf dem Terrain des Loosfelder Übungplatzes stattfinden sollen. Sie war damals rechtzeitig verhindert worden und das Reichswehrministerium hatte einen Befehl ergehen lassen, durch den solche Vorkommnisse ein für allemal ausgeschlossen sein mußten. Durch Verschiebung der Truppenteile, die in der letzten Zeit erfolgt sind, scheint das Verbot wieder in Vergessenheit geraten zu sein und tatsächlich haben am 15. und 16. Dezember erneute Schießübungen stattgefunden. Die Truppenführer sind vom Reichswehrministerium sofort zum Bericht aufgefordert worden.

Die Verhandlungen schweben noch, jedenfalls ist Vorfrage getroffen, daß dergleichen nicht wieder vorkommen wird und dem Herrn sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident kann man ruhig zurufen: „Anton steck den Degen ein!“

München, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Abg. Dr. Schlittenbauer und Genossen (Bayer. Bpt.) haben an die bayerische Regierung folgende Anfrage gerichtet: Ist der bayerischen Staatsregierung bekannt, daß die Reichszentrale für Heimatkulturen, Abt. Bayern, die gleich der Hauptstelle in Berlin mit Reichsgeldern unterhalten wird, unter dem Deckmantel der Parteilosigkeit in Wirklichkeit ihre Stellung und die Gelder des Reiches zur einseitigen Förderung bestimmter Parteien verwendet? Was gedenkt die Bayerische Regierung zu tun, um diesen Mißbrauch von Reichsgeldern, für den die Staatsbürger aller Parteien aufkommen müssen, so rasch wie möglich zu beseitigen?

Deutscher Reichstag.

Aus dem Steuerhaushalt.

Berlin, 24. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Der Steuerhaushalt des Reiches hat die Beratungen zur Novelle des Einkommensteuergesetzes unterbrochen und behandelt heute den Entwurf eines Abgabensteuergesetzes, das den unbedingten Verzicht auf den Festsetzungsbereich des Einkommens bezogen sich hauptsächlich darauf, mit welchem Maßstab die Wertbestimmung gemessen werden soll und um den Stichtag, von dem ab die Berechnung erfolgen soll. Die Beratungen werden unterbrochen, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit der aufgeworfenen Frage zu befassen. Bei der Wiederberatung des Entwurfs zum Einkommensteuergesetz wird der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hinsichtlich der Annahme von selbständigen Relegationsstellen eine entsprechende Erklärung ab. Auf dem Verordnungsweg soll bestimmt werden, daß bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides die nachweislich selbständigen Einkünfte der Relegierten zum Kennwert in Zahlung genommen werden. Für an Kostenträger geknüpfte Relegationsstellen soll diese Berechnung bei Zahlung des Relegationsbetrags nicht eintreten. An Stelle der jetzt hinterlegten Einkünfte Barmittel auszugeben kann der Minister nicht zulassen. Es müsse genügen, daß etwa zweifel hinterlegte Einkünfte wieder zurückgegeben werden.

Neuntes Kapitel.

Am Sonntag vormittag hatte Karl dienstlich in der Försterei zu tun. Er mußte Holzstapel abliefern und von Heimbacher den Bohnzettel unterschreiben lassen, den er den Holzschlägern ausgestellt hatte. Er fand den Förster in seinem Arbeitszimmer sitzen. Er schenkte ihm nichts zu beschaffen, sondern still vor sich hinbrüten. Wie das böse Gewissen sah er aus. Die tiefen Augen waren ohne jeden Ausdruck, Kopf- und Barthaare ungepflegt.

Er bot Karl keinen Stuhl an und forderte ihn auch nicht zum Bleiben auf. In wenigen Minuten waren die dienstlichen Angelegenheiten erledigt. Karl wollte ihm ein freundliches Abschiedswort sagen. Karl wollte ihm ein freundliches Abschiedswort sagen. Er drehte sich um und ging mit kurzem Gruß. Im Garten traf er Therese. Sie hatte sich eine Schürze vorgewunden und sammelte Holzsplitter. Als er näher kam, sah er, wie sie ihr Taschentuch zog und die Tränen abwuschte. Als sie ihn bemerkte, stand sie vom Boden auf und streckte ihm mit einem schwachen Lächeln, zu lächeln, die Hand entgegen.

„Lassen Sie sich auch einmal bei uns blicken?“ „Ja, ich hatte dienstlich mit Ihrem Bruder zu tun.“ „Anderes als dienstlich kommen Sie wohl nicht mehr? Ich kann es Ihnen nicht verdenken. Wer geht denn in ein Haus, das vom Unglück gezeichnet ist?“ „Wenn das der Fall wäre, Fräulein Therese, würde ich es für meine Pflicht halten, Ihnen beizustehen. Ihr Bruder ist krank, weiter nichts. Er soll sich Urlaub nehmen und sich von einem anständigen Arzt behandeln lassen.“

Therese schüttelte den Kopf. „Die Krankheit sitzt bei meinem Bruder so tief, daß sie niemand heilen kann. Ich habe es verurteilt.“ „Was haben Sie versucht...?“ „Es ist mir sehr peinlich, zu Ihnen darüber zu sprechen, aber ich weiß mir keinen anderen Rat.“ „Bitte, sprechen Sie ohne Scheu.“ Sie reichte ihm mit einem dankbaren Blick die Hand. „Mein Bruder verzehrt sich in Eifersucht. — Er weiß, daß schon über das Verhältnis zwischen Wolf und meiner Schwägerin gesprochen wird. Ich habe es selbst in Schönwiese gehört. Ich mußte es ihm sagen.“

„Und wie hat er es aufgenommen?“ „Er hat mich heftig angefahren. — Das ging mich nichts an, ich sollte nicht Unfrieden zwischen Eheleuten stiften. Dann habe ich die Diga beschworen, den Wolf bei der nächsten Gelegenheit so deutlich abfallen zu lassen, daß jeder Mensch es merkte. Sie hat mir gedroht, mich aus dem Hause zu werfen — und ich gehe. Ich habe getan, was ich für meine Pflicht hielt, und weiter kann ich nichts tun. Mir ist hier unheim-

Aus dem Parteileben.

Die Aufgaben der Frauenausschüsse.

Am Sonntag, den 23. Januar 1921 vormittags fand eine Sitzung des Frauenausschusses des Ortsvereins Mannheim der Deutschen Volkspartei auf der Geschäftsstelle statt. Zu dieser Sitzung waren auch viele geladene Parteifreundinnen aus Mannheim, Ludwigsweiler und Konstanz erschienen.

Die Vorsitzende des Frauenausschusses des Landesverbandes Baden und des Ortsvereins Mannheim, Frau Julie Bollmann, leitete die Sitzung mit kurzen Worten der Begrüßung ein und erteilte dann das Wort der Frau Reichsratsabgeordnete Clara Wendt-Berlin zu einem Referat über die besonderen Aufgaben der Frauenausschüsse innerhalb der Partei. Frau Wendt trat zunächst für eine Umbildung des in großen Reichsausschusses der Partei ein und legte dar, daß in Zukunft wohl weniger Sitzungen dieses Ausschusses stattfinden würden und daß diese mehr schlichtlich mit den einzelnen Frauenausschüssen in Verbindung stehen müßte. Als oberstes Ziel der Frauenausschüsse in der Partei stellte die Referentin hin, das politische Bewußtsein der Frauen zu wecken. Hierzu seien folgende Mittel notwendig: 1. einzelne tüchtige Frauen innerhalb der Ortsvereine und einzelne Vertrauensfrauen in den Orten, in denen Ortsvereine noch nicht vorhanden sind, nicht aber besonders Frauenausschüsse. 2. Frauenzusammenkünfte von Zeit zu Zeit und zwar weniger arbeitsaufwendig als kleinere Versprechungen, namentlich regelmäßige Zusammenkünfte, bei denen irgend ein Stoff zur regen Aussprache gestellt werden müßte. Bei diesen Zusammenkünften müßten dann die besonderen Frauenforderungen genau formuliert und ausgearbeitet werden und dann den Ortsvereinen zur Förderung weiter gegeben werden, damit auch die Männer der Ortsvereine zu diesen Forderungen Stellung nehmen und sich hinter diese stellen könnten. Als besondere Aufgabe der Frauen bezeichnete die Referentin auch die Mitarbeit bei der Werbung und bei den Wahlen und auch eine sehr schmerzliche Aufgabe hierfür an. Weiter warnte Frau Wendt davor, bei der Behandlung von Frauenberufsaussagen einen „elitären Frauen- und Hochschulpunkt einzunehmen.“ Jeder Fall sollte die ausgearbeitete Referentin für ihre Klaren, sachlichen und lehrreichen Ausführungen.

In der Zwischenzeit beteiligten sich viele Frauen und es wurde beschlossen, alle 14 Tage zusammenzukommen zu einem Diskussionsabend.

Baden.

Wiederbelebung der Preisprüfungsstellen.

Lahr, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Am Landespreissamt fand am Samstag unter Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. Hecht eine Sitzung von Vertretern der Handwerkskammern Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz, sowie der Zentral- und badischen Einzelhandelskammern, die sich in erster Linie mit der Wiederbelebung der Preisprüfungsstellen beschäftigten. An einem Vortrag des Vorsitzenden des Reichsausschusses für Innere, Regierungsrat Pfisterer, über die Entwicklung und die Aufgaben der Preisprüfungsstellen schloß sich eine längere Aussprache an, in der die anwesenden Verbände die Unterstützung der Preisprüfungsstellen zugunsten. Es wurde dabei der Wunsch geäußert, daß die Preisprüfungsstellen vor allem auf die Bedürfnisse der Wirtschaft beruhen sollten. Ferner wurde die Fernhaltung unbedeutender Elemente aus Handel und Gewerbe dringend empfohlen. Sodann wurden auch die Frage der Bruttoertragsausfälle im Kleinhandel und der Tarif für Frachtkosten eingehend behandelt.

Heidelberg, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Der Haushaltungsausschuss des badischen Landtages beschäftigte hier eine Reihe von Universitätsinstituten u. a. die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Klinik, die orthopädische Poliklinik, den Neubau der orthopädischen Klinik und die Krippenlehrerzuchtanstalt, außerdem am Nachmittag die im Bau begriffene akademische Speisestube. Einzelne Gruppen beschäftigten sich mit weiteren Angelegenheiten der Universität. Es wurde ein gemeinsames Mittagsmahl abgehalten, bei dem Oberbürgermeister Dr. Watz, der Abgeordnete Marum, der Rektor der Universität, Kultusminister Hummel und der Abgeordnete Dr. Schofer Anreden hielten.

Letzte Meldungen.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

Basel, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Aus New York wird gemeldet, daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten einen katastrophalen Charakter annimmt. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 2,6 Millionen angewachsen. Am schwersten ist die Textil- und Automobilindustrie betroffen. Hunderte von Fabriken in der Union haben geschlossen. Auch die bekannten Automobilfabriken Henry Ford sind ruhmlos geschlossen, nachdem 60.000 Arbeiter entlassen werden mußten. In drei Staaten des Nordwestens sind bisher 170 Geldinstitute zusammengebrochen.

Im Schatten des Verdachts.

Roman von Fritz Skowronnet.

16) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er ahnt es ohne Zweifel, denn er hat, wie mir der Krugwirt erzählte, nach den beiden Karten gesucht und kann nur annehmen, daß ich sie aufgehoben habe.

„Dann bekümmert es mich, daß Du trotzdem so freundlich mit seiner Frau verkehrst.“

„Wofür?“, „Weshalb denn nicht? Wir treffen uns nur noch bei öffentlichen Gelegenheiten. Und dann tanze ich mit der Frau, weil sie gut tanzt und weil man mit ihr ein vernünftiges Wort reden kann. Doch ich mich um den Mann nicht kümmern, wirst Du begreiflich finden. Er hat sich früher auch nicht darum gekümmert, wenn er die ganze Nacht am Karntisch saß und ich mit seiner Frau zusammen saß. Weshalb soll ich jetzt auf ihn Rücksicht nehmen.“

„Ja, möchte Dich doch warnen, Wolf. Der Mann ist jetzt in einer verzweifeltsten Stimmung. Er hat Dir ja heute ganz offen gedroht.“

„Womit soll er mich denn drohen?“

„Na, lieber Freund... Es fällt nicht schwer, auszusprechen, aber ich will es doch sagen: Heimbacher hat vom ersten Tag an auf mich einen unheimlichen Eindruck gemacht.“

„Das war nur in der letzten Zeit, und das ist mir ein Zeichen, daß er in ewiger Angst lebt, und ich könnte ihn durch ein Wort verraten. Früher war er ein lustiger Bruder, gutmütig und feig. Ich habe mal erlebt, daß er vor ein paar Burtschen zu Kreuze kroch.“

„Was das vielleicht Juris Scheitluf?“

„Wie kommst Du darauf?“ fragte Wolf erstaunt. „Weißt Du etwas davon?“

„Ja, ja, soviel, daß ich Heimbacher schnelle Verfolgung und Anklage gegen Scheitluf für einen Raubakt halten muß.“

„Das habe ich auch schon gedacht. Die Geschichte, daß sein Hund ihn auf der Spur bis zu seinem Hause geführt hat, kam mir von vornherein ziemlich unwahrscheinlich vor. Und die Pfropfen, die eine so große Rolle spielen sollten, brauchen auch nicht aus dem Nordgewehr zu stammen.“

„Na, da können wir ja froh sein, wenn wir den Kollegen hier los würden. Du willst Dich doch im Ernst nicht verletzen lassen?“

„Rein, freiwillig gehe ich hier nicht weg. Ich konnte mich aber heute nicht beherrschen, ich mußte die Gelegenheit benutzen, den Heimbacher zu ärgern.“

„Mein Bruder hat doch auch Augen, weshalb will er nicht sehen, was alle Welt sieht? Fürchtet er sich vor Wolf? Dann steckt noch etwas dahinter. Können Sie es mir nicht sagen?“

„Das war für Karl eine sehr unangenehme Frage. Was sollte er ihr darauf antworten? Was er von Wolf erfahren hatte, konnte er ihr doch nicht sagen. Er zuckte die Achseln.“

„Dürfen Sie sich doch nicht mit solchen Vermutungen. Aber es ist besser, wenn Sie aus dem Hause gehen.“

„Da haben wir es ja. — Sie meinen auch, daß es hier über kurz oder lang ein Unglück gibt.“

„Nein, das will ich damit nicht sagen. Ich meine nur, daß Sie hier nichts hindern und nichts helfen können.“

„Sie waren langsam weitergegangen, bis zum Baum, der den Garten abschloß. Er blieb stehen und sah sie an.“

„Wenn Sie weggehen wollen von hier, Fräulein Therese, dann möchte ich Sie um etwas bitten.“

Therese wurde rot und schlug die Augen nieder. Karl fuhr fort: „Meine Mutter ist fränklich und gebrechlich — sie kann nicht mehr gehen, sie muß vom Bett in den Dehnstuhl gebracht werden. Sie braucht eine Hilfe, eine Pflegerin. Sie ist nicht nur meine Mutter, sondern auch die meines Bruders Franz. Ich habe ihr alles geschrieben. — Sie wird Sie mit Freunden bei sich aufnehmen.“

„Ganz leise antwortete Therese: „Mit welchem Rechte könnte ich Ihr Anerbieten annehmen? Ich bin Ihrer Mutter ganz fremd.“

„Nein, Therese, das sind Sie nicht. Sie weiß schon, daß ich mich mit der stillen Hoffnung trage, daß Sie mir später einmal vielleicht das Recht geben, ganz für Sie sorgen zu dürfen. Ich will keine Antwort heute, Therese. Wenn Sie zu meiner Mutter gehen, ist es für mich Antwort genug. — Darf ich hoffen?“

„Ich will Ihr freundliches Anerbieten gern annehmen,“ erwiderte Therese schlicht und reichte ihm die Hand hin. Er ergriff sie mit beiden Händen und küßte sie. In ihrer Ergreiftheit hatten die beiden nicht bemerkt, daß Frau Heimbacher durch den Garten angeschritten kam. Schon von weitem rief sie:

„Was ist hier los?“ Ein freudiges Familienereignis in Aussicht?“

„Ja,“ erwiderte Karl ruhig, „ein freudiges Ereignis für meine Mutter. Ich habe von Ihrer Schwägerin die Aufgabe erhalten, daß sie die Pflege meiner sehr gebrechlichen Mutter übernehmen will.“

„Ach so, Du willst weggehen, Therese? Weißt Du schon, was Dein Bruder dazu sagen wird?“

(Fortsetzung folgt.)

Veranstaltungen.

Dr. Waldemar Bonfels spricht heute abend über Christus und die Germanen.

Das große nationale Preis-Schaufest. Der Bund der Damen-Pflichter und Pflichten (Schabteilung des Arbeitervereins) veranstaltet am Freitag...

son, Altmann u. a. ganz Anlagen und gefördert werden zu zeigen wußte. Mit einer Nummer, die im allerdings in ein...

Über zwei Wohltätigkeitsveranstaltungen, die großen Erfolg fanden und infolge dessen einen erheblichen Reinertrag...

Nachbargebiete. Fr. Ans Rheinischen, 19. Jan. Die Kornideipione in Rheinischen hat einen außerordentlichen Umfang...

Wetterdienstnachrichten. Der badische Landeswetterdienst in Karlsruhe.

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp., Wind, Wetter, Niederschlag im letzten 24 Stunden.

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp., Wind, Wetter, Niederschlag im letzten 24 Stunden.

Allgemeine Witterungsübersicht. Das nördliche Tiefdruckgebiet ist südwärts nach Rußland gezogen und bringt auf seiner Westseite starke bis stürmische westliche und nordwestliche Aufbewegungen...

Amliche Bekanntmachungen.

- 1. Band II O.-S. 194. Firma „R. Blum“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist laut der Firma aus...

1921 begonnene. Persönlich haftende Gesellschafter und Hugo Schmitz, Kaufmann, Mannheim und Wilhelm Schäfer, Kaufmann, Mannheim...

Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Vorbedacht zu den Beschlüssen, welche zur Stimmabgabe der Arbeitnehmer bei der am 9. Februar 1921 stattfindenden Gewerke...

Rechnung bringen mit unserer Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung über das am 31. Dezember 1920 abgelaufene Geschäftsjahr...

Table with columns: Bilanz per 31. Dezember 1920, Aktiva, Passiva, Gewinn- und Verlust-Konto.

Kommunalverband Mannheim-Land. Sachverständigen Abteilung. Der Geschäftsführer: Otto Bender.

Statt besonderer Anzeige. Samstag nacht 11 Uhr entsetzt nach längerem, schwerem, im Felde zugegangenen Leiden, unser herzbegehrter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Schwager...

Brennholz. Selbsthilfeverkauf. Auf Rechnung dessen, den es angeht, verkaufe ich sofort hier in Mannheim...

Zigarren-Geschäft. In gültiger Sprache Mannheims von Ausgewiesenen ein zeitlich normiertes zu kaufen gesucht.

Öffentl. Versteigerung.

Dienstag, den 23. Januar 1921, vormittags 11 Uhr werde ich auf dem Pferdemarkt des Stadt-Schlachthofes hier auf Anordnung des Gerichts gegen diese Zahlung öffentlich versteigern:

1 Pferd (Braunwallach). Abheben im Termin. Mannheim, den 23. Januar 1921. Armbruster, Gerichtsvollzieher.

Singer's Weinstube • S 4, 18. Morgen Schlachtfest. Ausschank der bekannten Weine: „Neustädter Vogelsang“, „Hambacher Letten“...

6 4, 17 Pfeifer v. Haardt 6 4, 17. Dienstag, den 26. Januar 1921. Grosses Schlachtfest. Spezial-Ausschank: Vogelsänger Herrberg.

Ulm a. D. HOTEL BILFINGER. 6. Bahnhof, Münchenerhof, Telefon 300 u. 301. Heute täglich eingerichteter Reichstag. Täglich Kaminherdheizung. Eigene Kantine. Wiener Belfer: Wilhelm Belfer, früher Stuttgart.

Fichtenstockholz. In Speyerstraße 8.50 Mk. per Zentner. Kesselortig... 9.50. In Odenwegen 10.50. Liefert frei Waggons Heinstöcher-Straßen 1004.

Generalvertretung und Alleinverkaufsrecht hervorragenden Schläger. bezugsweise zu vergeben. Unentbehrlich für jeden Haushalt, jed. Unternehmen, jedermann. Beste Annehmungen aus dem In- u. Ausland. Reparaturen mit einigen tausend Mark wollen Sie an uns wenden.

Tausch Heidelberg - Mannheim! Schönes Familienhaus in Heidelberg-Neuenheim mit allem Komfort, Glashalle, 9 Zimmer zu tauschen gegen Etage oder Haus in guter Lage Mannheims, nahe Bahnhof. Ausführliche Angebote unter Q. M. 112 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 1096

